



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

erstemal die Flut auf der Seine kommen sahen. Schließlich sagte einer von ihnen: „En Frankreich es doch allens verreckt, bi ons lopt dat Woter bloß bargaf, hier lopt et of bargop.“

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Eine Berichtigung und andres zu den Minimalzöllen im Generaltarif. Leider hat uns in dem Artikel „Minimalzölle im Generaltarif“ im vorigen Heft der Grenzboten ein Schreibfehler einen Streich gespielt. Auf Seite 106 soll es heißen, daß Dade seinen Maßstab zur Bemessung der Kornzollhöhe im Durchschnittspreis der vierzig Jahre von 1860 bis 1899 (nicht 1890) gefunden hat. Es ist das von Bedeutung, denn er hat dadurch im Unterschiede von andern Agrariern verständigerweise auch die schlechten Preise der neunziger Jahre mit in Rechnung stellt.

Wenn in unserm Artikel das vergebliche Bemühen Dades, einen richtigen Maßstab für die Höhe im Generaltarif festzulegender Minimal Kornzölle zu gewinnen, gegen diese Festlegung überhaupt ins Treffen geführt wurde, so wird die Unverständigkeit dieser neuartigen Bindung des Rechts des Kaisers bei der Vereinbarung von Handelsverträgen auch in Bezug auf Industrieschutzzölle durch folgendes in dieser Frage gewiß sachverständiges Urteil des Zentralverbands deutscher Industrieller oder doch seiner Mehrheit vollends bestätigt, das in der Denkschrift des Geschäftsführers des Verbands vom Juli 1900 abgegeben worden ist. Es heißt dort ausdrücklich, daß die Regierung gar nicht in der Lage sei, „nach den Angaben der Interessenten einen Minimaltarif zu konstruieren, der ohne Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Sinne der Befürworter eines solchen Tarifs gesetzlich festgestellt werden könnte.“ Auch der „Wirtschaftliche Ausschuß“ werde die befriedigende Lösung dieser Aufgabe nicht gewährleisten können. Das Urteil über das Minimum des Zollsatzes werde sehr verschieden ausfallen, wenn die Frage nach der Möglichkeit des Wettbewerbs mit der ausländischen Einfuhr und damit des Weiterbestehens des betreffenden Produktionszweigs in den Vordergrund gestellt werde. Dabei werde sich die Thatsache geltend machen, „daß in ein und demselben Produktionszweige unter sehr verschiedenen Bedingungen gearbeitet wird, und zwar, was hier besonders ins Gewicht fällt, mit verschiedenen Herstellungskosten und demgemäß mit geringerem oder größerem Nutzen.“ Daß von diesem Gesichtspunkt aus das Minimum des erforderlichen Zolls sehr verschieden beurteilt werden könne und auch beurteilt werde, sei zweifellos. In vielen Fällen würden von den Produzenten auch absichtlich höhere als die durchaus erforderlichen Minimalzölle als solche angegeben werden. Das Verlangen, von vornherein den Zollsatz anzugeben, der beim „Schutz der nationalen Arbeit“ den geringsten Nutzen lasse, rufe einen scharfen Konflikt mit dem Eigennutz hervor, und es sei entschuldbar, wenn dieser den Sieg davontrage. Das sei bei der Anhörung von Sachverständigen zur Vorbereitung des deutsch-russischen Handelsvertrags wiederholt vorgekommen.

Die schutzöllnerischen Gegner der Festlegung von Minimalzöllen im General-Grenzboten II 1901

tarif wollten in ihm, als dem Verhandlungstarif, verhältnismäßig hohe Sätze bewilligen, die bei angemessenen Zugeständnissen des Mitkontrahenten entsprechend ermäßigt werden könnten und sollten. Schon der Umstand, daß in großen Produktionszweigen Gegensätze bestünden, die durch Befragen der Interessenten auszugleichen kaum gelingen dürfte, lege der Regierung die Pflicht auf, unter voller Berücksichtigung aller einschlagenden Verhältnisse „das letzte entscheidende Wort zu sprechen.“ Daß die Regierung mit ihrer Aktion allen genügen könnte, sei ausgeschlossen. Aber sie sollte in dem sich sicher noch verschärfenden Kampf der entgegengesetzten Meinungen „unentwegt und fest die Führung nehmen.“ Nur so wäre zu hoffen, daß die Neuregelung der Handelspolitik Deutschlands, ein Werk, das in jeder Beziehung grundlegend sein werde für die Gestaltung der Geschichte des Vaterlands, zu einem gedeihlichen Ende geführt werden könnte.

Es ist uns nicht bekannt geworden, daß von der Mehrheit der im Zentralverband vertretenen schutzöllnerischen Großindustriellen für diese so einleuchtenden, vernünftigen und konservativen Grundsätze erfolgreich weitergekämpft worden sei. Leider haben sie in der Denkschrift selbst den agrarischen Minimalzöllnern Wasser auf die Mühle gegossen, indem sie darin sagten: alle, auch die gemäßigtesten an dem Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit festhaltenden Kreise betrachteten die Herabsetzung der Brotgetreidezölle von 50 auf 35 Mark durch die jetzt geltenden Handelsverträge „als den größten Fehler, der in der deutschen Zollpolitik gemacht werden konnte.“ Daß das eine heillose Übertreibung ist, hat Buchenberger schon 1897 durch den Hinweis darauf gezeigt, daß die Zollerhöhung von 30 auf 50 Mark im Jahre 1887 ausgesprochenmaßen gerade deshalb vorgenommen wurde, daß man für spätere Handelsvertragsverhandlungen ein wirksames Kompensationsobjekt in der Hand habe. Der „neue Kurs“ hat hier also nur Bismarckische Politik getrieben. Daß der Zentralverband durch sein Schönthum mit der agrarischen Fronde diese in ihrer Hartnäckigkeit wesentlich bestärkt hat, ist zweifellos. An ein energisches Eintreten des Zentralverbands gegen die Minimalzölle jetzt noch, kurz vor Thor-schluß, kann man wohl kaum mehr glauben.

Um so dringender aber sollten die unabhängigen konservativ und monarchisch denkenden Leute dafür eintreten, daß dem Kaiser sein Recht, eine parlamentarische Interessenwirtschaft zu verhindern, durch nichts beeinträchtigt werde. Solange die Reichstagsmehrheit auf Minimaltarife im Generaltarif besteht, sollten die Handelsverträge nicht gekündigt werden.

ß

Zur Lage in China. Schanghai, im Februar. Unter den Menschen, denen man in der chinesischen Frage ein Urteil zutrauen kann, giebt es vielleicht nicht zwei, die auch nur in den Hauptpunkten ungefähr derselben Meinung wären. Vor allem gehen die Ansichten über die Gründe des unerwarteten und plötzlichen Ausbruchs vom vorigen Sommer noch immer weit auseinander. Eine einwandfreie und erschöpfende Darstellung dieser Ursachen ist deshalb jetzt noch nicht möglich. Was im Folgenden geboten wird, sind vielmehr nur einzelne Gedankenstränge eines Beobachters, der seit zwanzig Jahren in China lebt, und der der Entwicklung der Dinge aufmerksam gefolgt ist.

Zuerst ein Wort über die Frage, ob China vom Abendlande zu schlecht behandelt worden ist. Daß hierüber gerade in deutschen Zeitungen mehr zu lesen stand als in denen irgend eines andern Landes, beruht nicht auf Zufall. Denn die große Tugend unsers Volkes, an Gerechtigkeitsgefühl allen andern Völkern voranzustehn, ist leider von der Schattenseite begleitet, daß wir auch in politischen Fragen, die doch zunächst Machtfragen sind, zu viel über Recht und Unrecht spintisieren, und dies ist unter Umständen sehr vom Übel. Die armen Chinesen sollen in

patriotische Verzweiflung darüber geraten sein, daß ihnen nach einander Kiautschou, Port Arthur und Weihaiwei weggenommen worden sind. Der diese Ansicht vertretende Teil der deutschen Presse erhielt eine unvermutete Unterstützung in Männern mit Namen von solchem Range, wie Herr von Brandt und Sir Robert Hart. Auch sie glauben die Boxerbewegung hauptsächlich auf patriotische Antriebe zurückführen zu müssen. Aber die große Mehrzahl der Kenner des alten Reiches der Mitte ist trotz dieser Autoritäten anderer Ansicht. Zwar kann man zugeben, daß es einige weiße Raben unter den Mandarinen giebt, denen die schlimme Lage ihres Landes echten und tiefen Schmerz bereitet, doch das sind Ausnahmen; die allermeisten Beamten denken nur an ihren Geldbeutel. Sie würden allerdings sämtlich die Fremden am liebsten ganz wieder loswerden, wenn sie nur wüßten, wie sie das anfangen sollten; aber sie haben ganz gesunden Menschenverstand, einzusehen, daß dies nicht möglich ist. Deshalb finden sie sich, mit Ausnahme der unbelehrbaren Elemente in der Umgebung der Kaiserinwitwe, mit der unbequemen Thatsache der Gegenwart der Europäer ab und trösten sich damit, daß diese sie noch wenig in ihrer Hauptbeschäftigung, der Gelderpressung, gestört haben. Der großen Menge des Volks endlich ist es gleichgiltig, wer sie regiert, so lange man sie nur nicht allzu sehr bedrückt und nicht in ihre Lebensgewohnheiten eingreift. Will einer übrigens ganz ehrlich sprechen, so muß er einfach erklären, daß er außer stande sei, überhaupt eine Auskunft über die Stimmung der Masse des Volkes zu geben. So etwas ist doch in Europa selbst oft schwer. In China, wo es erst eine sehr wenig entwickelte Presse giebt, bleibt nichts übrig, als aus einzelnen Anzeichen auf die Volksstimmung zu schließen, und diese Anzeichen deuten meistens auf eine große Gleichgiltigkeit in Fragen der hohen Politik hin.

Die Boxerbewegung ist schwerlich aus dem Haß gegen die Fremden entstanden. Wahrscheinlich wurde sie ursprünglich durch eine anhaltende Dürre in der Provinz Schantung veranlaßt. Als sie dann allmählich einen bedeutenden Umfang annahm, scheint der altchinesischen Partei am Pekingener Hofe plötzlich der Gedanke gekommen zu sein: Diese Menschen, die sich unverwundbar zu machen verstehen, lassen sich gewiß vorzüglich zur Vertreibung der fremden Teufel verwenden! Welcher Prinz oder hohe Mandarin zuerst einen solchen Einfall gehabt hat, wird sich wohl nicht mehr mit Sicherheit feststellen lassen. Vermutlich ist es Prinz Tuan gewesen; es kommt aber im Grunde wenig darauf an, weil alle Altchinesen sofort begierig auf den Gedanken eingingen. Es fehlte nicht an warnenden Stimmen einzelner Mandarinen, aber sie verhallten ungehört. Die ganze Regierung schien wie von einem Taumel ergriffen und nur noch darauf aus zu sein, den verhassten Ausländern möglichst rasch den Garaus zu machen. Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis dafür, wie es angehn konnte, daß die Gesandten nicht besser über die Absichten der Regierung unterrichtet waren, und daß ihnen die Sache so sehr plötzlich über den Hals kam. Man hat ihnen dies zum schweren Vorwurf gemacht; ich glaube jedoch sehr mit Unrecht. Denn obwohl sie allerdings wissen konnten, daß bis in die höchsten chinesischen Kreise der krasseste Aberglaube herrscht, so waren doch weder sie noch irgend welche andern in China lebenden Europäer darauf vorbereitet, daß die Kaiserinwitwe und ihre Umgebung die Boxer für kugelfest halten würden. Dies muß aber thatsächlich der Fall gewesen sein. Nur so ist es zu erklären, wie die Pekingener Regierung zu dem hellen Wahnsinn kam, ganz Europa, Amerika und Japan den Fehbehandelschuh hinzuwerfen. Ein dermaßen starkes Stück von Aberglauben konnte aber kein Gesandter voraussehen.

Einige deutsche Zeitungen haben keinen Anstand genommen, die Besetzung von Kiautschou für die Bewegung verantwortlich zu machen. Diese Besetzung war indessen nur ein Glied, und keineswegs das erste Glied, in einer Kette ähnlicher

Ereignisse, wie das noch jüngst Herr von Brandt nachgewiesen hat. Will man durchaus einen einzelnen Vorgang aus den Ereignissen der letzten Jahre herausgreifen, der den Altchinesen unangenehmer gewesen sein muß als irgend etwas andres, so ist es der Empfang des Prinzen Heinrich am kaiserlichen Hofe in Peking. Das ist meines Wissens noch nirgends gebührend hervorgehoben worden, obgleich es die größte Beachtung verdient, da es der Schlüsselstein der Entwicklung eines halben Jahrhunderts ist. Die Wegnahme dieses oder jenes Stückchens Land verletzte den lächerlichen altchinesischen Stolz lange nicht so empfindlich wie die unerhörte Neuerung, daß ein aus einem der fernen und verachteten Barbarenländer des Westens kommender Prinz vom Sohne des Himmels als gleichberechtigt behandelt wurde. Da muß man sich am Hofe gesagt haben: So weit ist es also glücklich mit uns gekommen! das darf sich auf keinen Fall wiederholen, und es wird wirklich hohe Zeit, daß wir dem ganzen ausländischen Spuk in unserm Reiche, der ohnedies schon viel zu lange gedauert hat, schnell und gründlich ein Ende machen! Die unverwundbaren Boxer kamen dann wie gerufen, diesen Plan durchzuführen zu helfen.

Deutschland hat mit dem Besuche des Prinzen Heinrich im Peking'schen Kaiserpalast sicherlich einen bedeutenden Anstoß dazu gegeben, den Stein in Ostasien ins Rollen zu bringen. Dieser große Erfolg unsrer Politik führt uns zu der Frage hinüber: Was hat überhaupt das Abendland in den letzten fünfzig Jahren von China gewollt? Hierauf lautet die Antwort: Es hat ursprünglich gar keinen Land-erwerb beabsichtigt, sondern es hat die Chinesen, ebenso wie die Japaner, nur veranlassen wollen, unter erträglichen Bedingungen Waren auszutauschen. Das ist aber sicherlich kein Unrecht. Kein Land auf der Erde kann sich auf die Dauer völlig von den übrigen Ländern abschließen. Auch die Chinesen haben dies nicht gethan, sondern sie haben immer Handelsbeziehungen zu andern Ländern unterhalten. Der chinesische Hof hat dabei jedoch zugleich immer den Anspruch erhoben, daß es als eine große Gnade angesehen werde, wenn der hoch über allen andern Herrschern thronende Sohn des Himmels solche Beziehungen erlaubte. Als nun um die Mitte des abgelaufenen Jahrhunderts die weißen Männer aus dem Westen diese Ansicht etwas anmaßend fanden, und als sie versuchten, die Chinesen davon abzubringen, da mußte es bei der starren Unnachgiebigkeit des Peking'schen Hofes notwendigerweise zu Zusammenstößen kommen. Das ist in kurzen Worten die ganze Geschichte von der angeblichen Mißhandlung der armen Chinesen durch die bösen Abendländer. Eine scheinbare Unterstützung erhielt die Auffassung von der zu schlechten Behandlung der Chinesen durch den ersten Krieg der Engländer gegen China. Die Bezeichnung dieses Krieges als Opiumkrieg hat bis zum heutigen Tage die größte Verwirrung angerichtet. Denn sie führte zu der Meinung, daß die Engländer nur deshalb zu den Waffen gegriffen hätten, weil sie den Chinesen das Opium hätten aufzwingen wollen. Für jeden Kenner der damaligen Verhältnisse kann es jedoch gar keinem Zweifel unterliegen, daß der unerträgliche Hochmut der Mandarinen die Hauptursache des Bruches war, der ebenso gut eingetreten wäre, wenn es sich nicht um die gewaltfame Beschlagnahme von Opium, sondern um die von irgend einer andern Ware gehandelt hätte.

China ist dann fortgesetzt nicht zu schlecht, sondern im Gegenteil viel zu gut und mit übergroßer Nachsicht behandelt worden, die den Mandarinen als Schwäche erschien. Das Abendland hat der Peking'schen Regierung wahrlich Zeit genug gelassen, sich in die veränderten Verhältnisse zu schicken, wie es die Japaner mit so großem Erfolge gethan haben. Die Altchinesen verstanden diese Zeit aber nicht zu benutzen, und jetzt müssen sie die Folgen ihrer Unterlassung tragen. Die Dinge hier liegen im allgemeinen den Bewohnern von Europa, die gewöhnlich genug mit andern Sachen zu thun haben, so fern, daß nur ganz außergewöhnliche Ereignisse,

wie der Krieg mit Japan oder der Angriff auf die Gesandtschaften, ihre Augen für längere Zeit hierher zu lenken vermögen. Das war der Grund, weshalb die Mandarinen bei kleinern Übergriffen, die sie sich immer wieder zu Schulden kommen ließen, mit Hilfe ihrer Verschleppungspolitik regelmäßig straflos ausgingen. Das chinesische Auswärtige Amt (Tsungli Yamen) war von Anfang an so eingerichtet, und es war seit den vierzig Jahren seines Bestehens immer so besetzt, daß es den Verkehr mit dem Auslande nicht förderte, sondern hinderte. Natürlich mußte auch hier der Krug endlich einmal brechen. Hat er jetzt aber einen so starken Stoß bekommen, daß er nicht wieder ausgebeffert werden kann, oder wird der altchinesische Hochmut doch noch wieder obenauf kommen? Dies ist die große Frage der Zukunft. Fast will es scheinen, als ob sich das sprichwörtliche Glück, das die Chinesen immer wieder in politischen Angelegenheiten gehabt haben, noch einmal zeigen wollte. Um den Peking-Brei sind aber viel zu viel Köpfe versammelt. Die Kriegserklärung an alle Mächte, die anfangs als der Gipfel der Verrücktheit erscheinen mußte, ist für die chinesische Regierung jetzt geradezu vorteilhaft geworden. Denn hätten nur zwei oder drei Mächte mitzusprechen, und wären vor allen Dingen die ihre Sonderzwecke verfolgenden Russen und Amerikaner aus dem Konzert heraus, so würde man viel einfacher und leichter zum Ziele gelangen können.

In aller Geschichte ist es noch nicht vorgekommen, daß europäische Mächte ein Land, das längst Unterjochung verdient hätte, schließlich doch wieder sich selbst überlassen müssen, weil alle Welt vor der Riesenaufgabe zurückschreckt, dreihundert oder vierhundert Millionen Menschen aufzuteilen und dann ordentlich zu regieren. In der ganzen Entwicklungsgeschichte der Menschheit hat es niemals eine so kompakte Masse von Individuen mit derselben Sprache, denselben Sitten und derselben Lebensauffassung gegeben, wie es die Chinesen sind. Das Reich der Mitte ist ein ungefügiger Stehimmweg für die Ausbreitung der europäischen Kultur. Zu keiner Zeit hat es an abendländischen Bewunderern der chinesischen Zivilisation gefehlt, und es fehlt auch jetzt nicht daran. Einige von ihnen sind nicht ohne Sorge für unsere Kultur, wenn sie an den bevorstehenden Kampf zwischen ihr und der Zivilisation der Chinesen denken. Aber der Umstand, daß die Chinesen auf eine jahrtausendealte Zivilisation zurückschauen können, beweist noch nichts für deren Stärke. Ihre ganze Entwicklung ist vielmehr einfach in den für eine Isolierung außerordentlich günstigen geographischen Verhältnissen begründet. Der Sieg der chinesischen Zivilisation hat schon darum wenig Wahrscheinlichkeit, weil sie längst erstarrt und deshalb unfähig zum Kampf ist, während sich die Kultur des Abendlandes durch langes und unermüdeliches Ringen gestählt hat.

„Veralteter Idealismus.“ In der Versammlung des allgemeinen deutschen Realschulmännervereins, die in der Osterwoche zu Kassel stattfand, hat Friedrich Paulsen, der bekannte Historiker des gelehrten Unterrichtswesens in Deutschland, einen Vortrag über „die höhern Schulen und das Universitätsstudium im zwanzigsten Jahrhundert“ gehalten. Darin tritt er energisch für die Gleichberechtigung der Realgymnasien ein und sieht das Haupthindernis dafür in dem Widerstreben der Juristen. Ganz unsere Meinung, obwohl wir von einem wesentlich verschiedenen Standpunkt ausgehn. Aber sehr entschieden zurückweisen müssen wir die innere Begründung dieser Gleichberechtigung, daß nämlich der Idealismus der humanistischen Gymnasien „veraltet“ sei, denn er sei, wie der frühere Idealismus überhaupt, „ästhetisch-literarisch-romantisch“; der moderne Idealismus, wie ihn vor allem Bismarck vertreten habe, sei mehr ein Idealismus der That, der Arbeit, der Hingebung an die großen Zwecke des Gemeinwesens und des Vaterlands. Gewiß ist diese Beobachtung ganz richtig; aber wer heute dem humanistischen Gymnasium nach-

sagen kann, es huldige schlecht hin diesem „veralteten“ Idealismus und pflege den neuen nicht, der zeigt nur, daß er von dem gegenwärtigen Gymnasium nur eine höchst unklare Vorstellung hat. Diesen „modernen“ Idealismus hat es seit Jahrzehnten gepflegt, ehe noch vom heutigen Realgymnasium die Rede war; es pflegt vaterländische Geschichte und Litteratur mindestens ebenso sehr als dieses, und es führt in den Gestalten der antiken Welt doch wahrhaftig Vertreter der Hingebung an die Ideen des Staats und des Vaterlands in solcher Bedeutung und solcher Fülle vor, wie sie die englische und die französische Kultur kaum bieten. Zu ästhetisch-romantischen Träumern erzieht das humanistische Gymnasium seine jungen Leute wahrhaftig nicht; aber es will ihnen allerdings auch die großen ästhetischen Ideale der frühern Zeit nicht nehmen lassen, denn zu unsrer nationalen Bildung gehören diese gerade so gut wie der moderne Staats- und Vaterlandsgedanke. Wehe uns, wenn sie uns jemals verloren gingen! Bei dem Mangel an Formen- und Schönheitsfönn, der nun einmal germanische Menschen charakterisiert, sind sie uns noch notwendiger als unsern romanischen Nachbarn.

Es wäre gar nicht der Mühe wert, eine falsche Ansicht wie die in Passel von Paulsen vorgetragne zurückzuweisen, und hundertmal bis zur Ermüdung Gesagtes zum hundertunderstenmale zu wiederholen, wenn es eben nicht Paulsen wäre, der sie ausgesprochen hätte, und wenn nicht die Herdenstimmung unsrer gewöhnlichen Tagespresse in pädagogischen Dingen blind jeder ihr imponierenden Autorität nachliefe. Das häßliche Kampfmittel, die Herabsetzung der Leistungen und der Ziele des humanistischen Gymnasiums, nur um Stimmung für das Realgymnasium zu machen, sollte man doch jetzt, wo sich die Vertreter des Humanismus selbst für die Gleichberechtigung beider Schulgattungen ausgesprochen haben, und diese grundsätzlich schon anerkannt ist, endlich im Winkel lassen, das ist wirklich „veraltet.“ Die Zukunft wird ja zeigen, welche Schulgattung die innerlich wertvollere und eblere Bildung vermittelt; theoretische Erörterungen darüber, namentlich, wenn sie von einer so mangelhaften Sachkenntnis ausgehn, sind jetzt das Überflüssigste von der Welt.

Toujours sur la vedette. Wir fanden diesen aus dem Französischen ins Rauderwelsche übersetzten Wahlspruch in einem Feuilleton, das der Dger heißt, und an dem wir sonst nichts auszusetzen haben. Es hat einen angenehm säuerlichen, an marinierten Hering erinnernden Geschmack, und da das toujours sur la vedette einem der schwarzen Lützowschen Jäger in den Mund gelegt wird, so wäre es — wenn überhaupt sprachlich denkbar — auch sonst am Platze. Französische Brocken waren unsern Freiheitshelden der dreizehner und vierzehner Jahre ebenso eigen wie echt deutsche Gesinnung.

Aber freilich toujours sur la vedette ist eben leider ein Unding, das einem geradezu den Atem nimmt. Und was das schlimmste dabei ist, ein komisches Unding. Wenn die Kosaken noch Ungeziefer hätten, was, wie uns ihre Freunde, die Franzosen versichern, nicht mehr der Fall ist, seitdem Rußland und Frankreich verbündet sind, könnte die Devise in der beim Dger vorkommenden Fassung zur Not — wir sagen ausdrücklich zur Not — einem besonders unternehmungslustigen Floh in den Mund gelegt werden. Man müßte sich dann vorstellen, daß er elektivmigrativ lebte und sich mit Hilfe einer Reihe wohlberechneter Sprünge jedesmal dem Swan oder Pieter anschloße, der als Bedette vorzugehn oder zurückzubleiben hätte. Wenn uns der gute selige Francisque Sarcey vordemonstriert hätte, daß auch das nicht ganz mit dem Sprachgebrauch harmoniere, sondern ihm leichte Gewalt anthue, so würden wir klein beigegeben haben, denn es liegt uns selbst nicht recht auf der Zunge, Bedette im Französischen zur Bezeichnung des als Bedette haltenden Kavalleristen zu gebrauchen.

Wir sprechen zwar im Deutschen von Doppelbetten und vom Ausstellen von

Bedetten, aber es dürfte uns mit der Bedette wie mit andern dem Französischen entlehnten Wörtern gegangen sein. Während wir das Wort in unsrer Weise gebrauchten, kam dafür drüben ein von unsrer Auffassung verschiedner Usus auf. Wir erinnern nur an das französische Wort für Beet (*parterre de fleurs*, *parterre de souverains* in Erfurt), das wir für Erdgeschloß gebrauchen, während es in diesem Sinne dem Franzosen, der bekanntlich *rez-de-chaussée* sagt, völlig unverständlich ist.

So hat sich auch das Wort *vedette* drüben modernisiert. Seitdem die beweglichen *éclaircisseurs* an die Stelle der unbeweglichen Bedetten getreten sind — bei Beaumont konnte man allerdings sagen, *que les uns et les autres brillaient par leur absence* —, hat die Bedette die Uniform ausgezogen und erscheint gern schwarz auf weiß in bürgerlichem Gewande als Schwabacher oder Kaisergottisch; *être placé en vedette* wird von Ziffern, Worten oder Titeln gesagt, die allein stehen, die man vom Gros der übrigen Buchstaben abge sondert hat, nicht wie man einen oder zwei Kavalleristen vorschiebt oder zurückläßt, damit sie das Terrain beobachten, ohne selbst gesehen zu werden, sondern im Gegenteil, damit das *en vedette* Gestellte auffalle und die Aufmerksamkeit des Beschauers auf sich ziehe.

Toujours *en vedette* hätte denn auch der Verfasser des „Oger“ seinen alten Grimmbart sagen lassen sollen: oder wenn es durchaus mit sur sein mußte, *toujours sur le qui-vive*. Vielleicht hat ihm das vorgeschwebt, und am Ende ist das Unglück ja nicht groß. Die Erzählung bleibt doch recht wirkungsvoll und angenehm zu lesen. Möglich auch, daß der alte Herr die französischen Glocken nur hatte läuten hören und nicht zusammenschlagen. Wenn die Sache so fein gemeint war, so wollen wir gern nichts gefagt haben. St.

Die Heimat der Cherusker. Die allgemeine Ansicht setzt die Wohnsitze dieses deutschen Stammes nach Westfalen. Doch hatte schon A. Werneburg, königlich preussischer Oberförster, in seiner Abhandlung „Die Wohnsitze der Cherusker und die Herkunft der Thüringer“ (Jahrbuch der königlichen Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt, N. F. X, 1880) die Cherusker nach dem Lande zwischen Werra, Harz und Mittelweße gewiesen. Den Spuren der Cherusker allein bei den alten Autoren nachgehend kommt Ernst Devrient in Jena (Oktoberheft 1900 der Neuen Jahrbücher für das klassische Altertum usw.) zu demselben Ergebnis. Er geht davon aus, daß die bei Cäsar *Bell. Gall. VI, 10* erwähnte *Bacenis Silva* nicht das waldbreiche Gebiet der Mittelweße ist, denn wenn sich nach Cäsar die Sueven vor den bei Koblenz über den Rhein vordringenden Römern ostwärts bis zur *Silva Bacenis*, die die Sueven von den Cheruskern scheidet, zurückzogen, so fanden sie sich nach wenig Tagemärschen an den Wäldern und Schluchten der Hohen Rhön mit ihren Ausläufern. So heißt auch die Gegend von Fulda schon Anno 742 *Boconia Silva* in der Chronik des Siegbert, wo von der Gründung des Klosters Fulda in *Boconia Silva* die Rede ist. Davon abgeleitetes „Buchenu und Buchau“ findet sich noch im achtzehnten Jahrhundert. Heißt es weiter bei Cassius Dio: „Drusus gelangte ins Cheruskerland bis zur Weße,“ so ist mit der Flußbezeichnung die Werra gemeint. Früher nannte man den Oberlauf der Weße ebenfalls *Visurgis*, und erst im elften Jahrhundert tritt Werra (aus *Wisaraha*) auf. Drusus zog über oder südlich um die Rhön und erreichte die Cheruskergrenze ungefähr bei Döheim. Bei Salungen etwa überschritt er die Weße und durchzog Thüringen, bis er Saale und Elbe erreichte. Keines andern Volkes Name wird erwähnt, somit haben die Cherusker dieses Gebiet allein bewohnt. Was nun Tacitus I, 56 ff. betrifft, so wurde Varus von den Cheruskern nach der Weße hingelockt. Sicher ist für Devrient, dem auch die Münzfunde bei Barenau ohne Waffenfunde nichts beweisen, daß der Teutoburger Wald nicht im Lande der Cherusker lag. Während im Jahre 15 n. Chr. Germanicus die Chatten überfiel und *Cäcina* die Cherusker erschreckte, kam dieser gar

nicht in das Cheruskergebiet. Auf seinem Rückzuge verbrannte Germanicus Mattium, das Devrient mit Maden bei Gudensberg identifiziert. Die mit den Cheruskern verbundenen Marsen waren zwischen Diemel und oberer Lippe zu Hause. Nach dem Besuche des Germanicus im Teutoburger Wald (Tac. ann. I, 61) muß auch noch am linken Ufer der Mittelweser, also außerhalb des Landes der an der obern Weser wohnenden Cherusker gekämpft worden sein. Bei Tacitus ist auch später (ann. II, 5 ff.) noch von einem Grenzwall die Rede, den die Angrivarier gegen die Cherusker errichtet hatten: er war bei dem Dorfe Wahlhausen (Walhusen) bei Allendorf gegenüber Bad Sooden. Hier ist die nordwestliche Cheruskergrenze anzunehmen. Denn nach der Schlacht von Idistaviso zogen die Römer südöstlich und erreichten die Cherusker bei der Werra (Eichsfeld). Bei Allendorf findet sich noch eine Römerschanze, und auch Münzen aus augusteischer Zeit wurden aus dem Boden gezogen. Von den Angrivariern hatten die Römer im Rücken zu fürchten: sie saßen abwärts vom Meißner und Sooden. Nach dem Tode Arminis wurden die Cherusker von den Chatten über die Werra hinübergedrängt, während sie früher noch fast bis zur Fulda gereicht hatten. Nordöstlich hatte sich ihr Gebiet bis an die Mündung der Saale und Mulde erstreckt; das Land um Leipzig war cheruskisch gewesen. Endlich ist auch der Melibocus des Ptolemäus II, 11, 8 der Thüringerwald; denn da ist auch die Weserquelle. Während also nach Devrient der Stamm der Cherusker westlich noch über der Werra, nördlich ungefähr bis zur Linie Sooden bis Wurzen, östlich längs der Mulde, südlich an der Linie Zwickau bis Ostheim gewohnt haben soll, ist er in historischer Zeit nicht mehr aus dem eigentlichen Thüringen herausgewandert. Diese Feststellungen auf Grund der Autorenberichte als sicher betrachtend, hat Devrient jetzt auch (Neue Jahrbücher vom 12. Februar) die Sitze der Hermunduren und Markomannen, die weniger festhaft waren als das Volk Hermanns, festzulegen versucht. Die Hermunduren wohnten zu Tiberius Zeiten zu beiden Seiten der Elbe und nahmen dann die Wohnsitze der Markomannen ein, als diese aus dem Lande zwischen Frankenwald und Elbe ins Böhmisches hineinzogen.

Die Berliner Kriminalpolizei. Die traurigen Enthüllungen, die die Sternbergafrage sowohl in der Hauptsache als auch in Bezug auf höher gestellte Beamte der Berliner Kriminalpolizei (Polizeidirektor v. Meercheidt-Hüllessem, Polizeikommissar Thiel) gebracht hat, und bei denen man sich auch wieder an den berühmten oder berüchtigten Tauschprozeß erinnert, lenken die öffentliche Aufmerksamkeit von neuem auf die Frage, wie derartigen Vorkommnissen vorgebeugt werden könne, durch die das Ansehen der Polizei zweifellos in hohem Grade gefährdet wird. Dieses möglichst unversehrt zu erhalten, erscheint aber in unruhigen Zeiten, wie die gegenwärtigen sind, doppelt notwendig. Die Spitzen der Behörde können hier Gott sei Dank völlig außer Betracht bleiben. Das ist ja einer der Vorzüge, den die Verhältnisse bei uns vor denen in Frankreich voraus haben, daß die führenden Persönlichkeiten fast ausnahmslos von jedem sittlichen Vorwurf in dienstlicher Beziehung frei sind. Was aber die Kommissare usw. betrifft, so scheint uns der Grundfehler darin zu liegen, daß man in Berlin und vielleicht auch in andern deutschen Großstädten diese lediglich ausführenden Organe allzusehr aus den vornehmern Klassen wählt. Man vergleiche den Titel „Polizeipräsidentium“ im Berliner Adreßbuch! Für solche, die an geselligen Umgang feinerer und deshalb kostspieligerer Art gewöhnt sind, ist die unerläßliche (wenn auch nur dienstliche) Berührung mit finanziell reich ausgestatteten Kreisen mehr als für andre gefährlich. Vielleicht tragen auch diese Zeilen mit dazu bei, hierin bald Wandel zu schaffen. W.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig